

FRAGESTUNDE*

• **Frage Nr. 1569 von Frau NEYCKEN-BARTHOLEMY (SP) an Ministerin KLINKENBERG zum Einsatz von Mentoren**

Bereits vor etwas mehr als einem Jahr begrüßten wir den Einsatz von Mentoren in den Primar- und Sekundarschulen. Das Ziel ist, dass die Berufseinsteiger in ihrem ersten Jahr besser begleitet werden.

Mittel- und langfristig soll mit u. a. dieser Maßnahme dem Lehrermangel entgegengewirkt werden.

Uns als SP-Fraktion ist es wichtig, mit einer großen Bandbreite an Maßnahmen Lehrer zu halten und zusätzliches Personal ins Unterrichtswesen zu holen. Denn der Unterricht sollte jederzeit gewährleistet sein können.

Daher begrüßen wir von der SP-Fraktion grundsätzlich jede Maßnahme, die dazu beiträgt, den Unterricht zu gewährleisten. Und es freut uns, wenn jene Maßnahmen Früchte tragen.

Um dies zu überprüfen, lauten meine Fragen an Sie, werte Frau Ministerin:

1. Wie sind die bisherigen Erkenntnisse zum Einsatz von Mentoren?
2. Ist die Berufseinstiegsphase tatsächlich spürbar verbessert worden?
3. Welche Schlüsse ziehen Sie daraus für die zukünftige Personalpolitik im Unterrichtswesen?

• **Frage Nr. 1570 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Ministerin KLINKENBERG zum politischen Handlungsbedarf im Bereich der mentalen Gesundheit unserer Schüler.innen**

Dass sich die mentale Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen seit 2010 massiv verschlechtert hat, wird Kaleido in den kommenden Wochen der Öffentlichkeit und uns im Ausschuss mit den Resultaten der HBSC-Studie genauer verdeutlichen.

Eine Studie der Christlichen Krankenkasse zeigte in der Zwischenzeit, dass auch die Medikation zur Behandlung von ADHS bei Minderjährigen stark zunimmt.

Dass die mentale Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen als Thema in die Mitte der Gesellschaft findet, ist eine positive Entwicklung. Leider fehlen oft an vielen Stellen Ressourcen, sowie die nötige Aus- und Weiterbildung, um dieser zentralen Herausforderung nachkommen zu können: Jeder Fall ist anders und muss individuell behandelt werden. Dies ist eine besondere Herausforderung, die seit Jahren an Bedeutung gewinnt und der eine besondere Strategie entgegengesetzt werden muss.

Für uns sollte dieses Thema kompetenzübergreifend angegangen werden und wir erwarten von Ihnen eine enge Zusammenarbeit mit Gesundheitsminister Antoniadis. Dieses

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

gesellschaftliche Thema stellt die Schulen vor Herausforderungen, die es anzupacken gilt. Gleichzeitig bieten Schulen aber auch die größte Möglichkeit einer individuellen Begleitung, inklusive Anpassung schulischer Maßnahmen, wenn das Problem gemeinsam mit Diensten wie Kaleido, BTZ, Kompetenzzentrum,... angepackt wird.

Daher hier unsere Fragen, Frau Ministerin:

1. Wie vielen Schüler.innen in der DG wurde eine Aufmerksamkeits(hyperaktivitäts)störung diagnostiziert ?
2. Wie viele davon befinden sich auf einer Regel- bzw. Förderschule?
3. Welche Maßnahmen plant die Regierung in Zusammenarbeit mit Kaleido, dem Kompetenzzentrum und anderen Akteuren, um Schulen in der Begleitung und Förderung von Kindern mit ADHS zu unterstützen?

• **Frage Nr. 1571 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Ministerin KLINKENBERG zur pädagogischen Studie der OECD**

In den letzten Jahren wurden zahlreiche Studien und Umfragen im Bereich Bildung für Ostbelgien durchgeführt und Berichte mit Handlungsempfehlungen verfasst.

In den vergangenen Monaten haben Sie schon einige Male eine Studie erwähnt, die Sie bei der OECD in Auftrag gegeben haben. In dieser Analyse soll die OECD dem Vernehmen nach Empfehlungen zur Gewichtung der Fächer und zur Förderung der Grundkompetenzen aussprechen und konkrete Maßnahmen formulieren, wie die in der letzten OECD Studie formulierten Handlungsempfehlungen konkret umgesetzt werden können. Nähere Informationen haben wir zu dieser Studie nicht.

Bei vielen Themen, die wir hier im Parlament besprechen, wurden wir immer wieder auf die Ergebnisse der zahlreichen Studien oder Umfragen vertröstet. Nun dachten wir, nach der letzten Umfrage zu u. a. den Schuljahresrhythmen lägen genug Informationen, Zusammenfassungen, Ergebnisse und Handlungsempfehlungen vor, was anscheinend nicht der Fall ist und noch eine weitere Studie in Bearbeitung ist.

Daher unsere Fragen an Sie Frau Ministerin:

1. Welches Ziel verfolgt die aktuelle pädagogische Studie, die Sie bei der OECD in Auftrag gegeben haben?
2. Ausgehend von welcher Fragestellung bzw. welchem Auftrag bearbeitet die OECD diese Zielsetzung?

• **Frage Nr. 1572 von Herrn MERTES (VIVANT) an Ministerin KLINKENBERG zu „Zocken macht Schule“**

Laut GrenzEcho-Bericht vom 2. Januar 2024 hat ein Lehrer am César-Franck-Athenäum in Kelmis in den letzten vier Jahren erfolgreich Videospiele als Lehrmittel in seinen Unterricht integriert.¹ Durch die Verwendung von, laut Lehrer, historisch basierten Computerspielen wie "Minecraft", "Assassin's Creed", "Battlefield" und "Wolfenstein" versucht er, Schülern auf innovative Weise Wissen in Fächern wie Geschichte, Erdkunde, Wirtschaftswissenschaften und Informatik zu vermitteln. Die Lehrperson betont die positiven Aspekte dieser Methode, darunter die Förderung des logischen Denkens, die Entwicklung von Problemlösungsfähigkeiten und die Steigerung der Motivation der Schüler.

Jedoch zeigt ein Leserbrief im GrenzEcho vom 8. Januar 2024 eine andere Perspektive auf.² Der Verfasser, ein pensionierter Lehrer, kritisiert die Verwendung von Videospiele

¹ GE - Artikel - Zocken macht Schule - https://zeitung.grenzecho.net/#GrenzEcho/web,2024-01-02,ALLE|GE_TAGESZEITUNG,2024-01-02,ALLE,1|6.

² GE - Leserbrief - https://zeitung.grenzecho.net/#GrenzEcho/web,2024-01-08,ALLE|GE_TAGESZEITUNG,2024-01-08,ALLE,1|2.

im Unterricht, insbesondere die potenziell gewalttätigen Szenen in einigen Spielen. Dieser Standpunkt wird zusätzlich durch wissenschaftliche Studien gestützt, die einen Zusammenhang zwischen Videospiele und schlechten Schulleistungen aufzeigen. Es wird betont, dass Schüler, die weniger oder gar nicht spielen, tendenziell bessere Noten erzielen. Der Leserbrief warnt vor einer Vernachlässigung traditioneller Lehrmethoden und hebt die möglichen negativen Auswirkungen von Videospiele auf die schulische Leistung hervor.

Dazu lauten meine Fragen an Sie wie folgt:

1. Wie bewerten Sie als Bildungsministerin den Einsatz von Videospiele im Unterricht?
2. Studienergebnisse zeigen, dass Schüler, die weniger oder gar nicht spielen, tendenziell bessere Noten erzielen. Beabsichtigen Sie, Schulen, Lehrer und Eltern über diese Erkenntnisse aufzuklären?
3. Hat die DG-Regierung Möglichkeiten, insofern der politische Wille vorhanden wäre, die Nutzung von Videospiele als Lehrmethode einzuschränken bzw. ganz zu verhindern?

• **Frage Nr. 1573 von Herrn MERTES (VIVANT) an Ministerin KLINKENBERG zu den Betreuungsplätzen der AUBE**

Die Reformen im Bereich der Kleinkindbetreuung sorgen für große Verunsicherung bei Tagesmüttern und Eltern. So auch im Bereich der außerschulischen Betreuung (AUBE). Vor der Einführung des Vollstatuts hatten Tagesmütter die Möglichkeit, per Ausnahmeregelung bis zu 6 Kleinkinder zu betreuen. Darüber hinaus konnten sie noch 2 Kinder im Rahmen der außerschulischen Betreuung aufnehmen. D.h. eine Tagesmutter konnte max. 8 Kinder an einem Tag betreuen. Durch das neue Vollstatut wird diese Zahl nun auf maximal 6 Kinder reduziert. Dies wird zu einer starken Reduktion der durch die Tagesmütter angebotenen Betreuungsplätzen in der AUBE führen, da die Kleinkinder vorrangig betreut werden müssen. Für Eltern, die bisher für die außerschulische Betreuung eines oder mehrerer ihrer Kinder eine Tagesmutter in Anspruch nahmen, bedeutet dies, sich nach neuen Formen der AUBE umzusehen.

Hierzu ergeben sich folgende Fragen:

1. Wie viele Kinder wurden vor der Einführung des Vollstatuts am 1. Januar im Rahmen der AUBE von Tagesmüttern betreut?
2. Können Sie heute einschätzen, wie viele dieser Betreuungsplätze in Zukunft noch zur Verfügung stehen?
3. Durch welches Angebot sollen diese wegfallenden Betreuungsplätze aufgefangen werden?

• **Frage Nr. 1574 von Herrn MERTES (VIVANT) an Ministerin KLINKENBERG zu den chaotischen Zuständen in der Kommunikation bezüglich des neuen Vollstatuts der Tagesmütter**

Die Einführung des neuen Vollstatuts für Tagesmütter wurde von vielen Tagesmüttern lange erwartet. Nun ist es endlich da und anstatt großer Freude, tut sich zuerst einmal eine große Verunsicherung, ja auch immer mehr Frust, breit. Ein Grund für diesen Unmut ist die katastrophale Kommunikation von Seiten des RZKB bzw. ZKB. Zahlreiche Tagesmütter klagen über fehlende und widersprüchliche Informationen und mangelnde Transparenz.

Erschwerend kommt hinzu, dass sich die Tagesmütter oft unter Druck gesetzt fühlen, wenn es darum geht einen Vertrag, eine Vereinbarung zu unterschreiben.

Konkret besteht neben vielen weiteren Punkten Verunsicherung in Sachen Weiterbildung zum Kinderbetreuer, die für bereits tätige Tagesmütter nur dieses Jahr zugänglich sein wird und bei der Anzahl zu betreuender Kinder, die je nach Quelle zwischen 4 und 8 schwankt, um nur 2 Beispiele zu nennen.

Viele Tagesmütter sind verunsichert und wissen nicht genau, was erlaubt bzw. gefordert wird und welche Konsequenzen die Verträge für sie haben. Aufgrund der sehr kurzen Fristen, bis wann die Dokumente unterzeichnet sein müssen, fehlt oft die Zeit, sich Rat z. Bsp. bei einem Steuerberater zu nehmen. Viele Tagesmütter sind mit den Vertragstexte einfach überfordert.

Hieraus ergeben sich folgende Fragen an Sie:

1. Sind Ihnen die chaotischen Zustände in der Kommunikation bezüglich des neuen Vollstatuts für Tagesmütter bekannt?
2. Wie beabsichtigen Sie, diesen Missständen entgegenzutreten und eine klare Kommunikation sicherzustellen, die keine Unsicherheiten und Missverständnisse hinterlässt?

Frage Nr. 1575 von Frau PAUELS (CSP) an Ministerin KLINKENBERG zum Thema „Führerscheinklasse G: Praktischer Fahrschulunterricht in deutscher Sprache“

Wer ein land- oder forstwirtschaftliches Fahrzeug im öffentlichen Straßenverkehr führen möchte, braucht in Belgien einen Führerschein der Kategorie G. Um diesen zu erlangen, muss sowohl eine theoretische, als auch eine praktische Prüfung auf dem Feld und der öffentlichen Straße erfolgreich absolviert werden.

Seit dem 1. Juli 2021 können Führerscheinkanwärter in der DG nur noch den theoretischen Unterricht für einen Führerschein der Klasse G absolvieren, aber nicht mehr den praktischen Unterricht. Für die praktischen Fahrstunden müssen die Prüflinge demnach auf alternative Standorte ausweichen, wo die Kurse dann in niederländischer oder französischer Sprache angeboten werden, nicht aber auf Deutsch.

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist aktuell nur das Landwirtschaftliche Schulungszentrum, kurz LSZ, zur Erteilung der praktischen Fahrstunden zugelassen.

Bereits vor einigen Monaten, im Rahmen der Regierungskontrolle des Monats Juni, habe ich Sie, Frau Ministerin zu diesem Thema befragt. Damals antworteten Sie mir, dass die Regierung bereit sei, „im Rahmen ihrer Befugnisse entsprechende Mittel“ an das LSZ zur Verfügung zu stellen und dass derzeit geprüft werde, inwiefern sich schnell eine Lösung für das Problem finden lasse.

Außerdem geht aus dem Programmdekret 2023 (Dok. Nr. 299) hervor, dass die Regierung derzeit mit dem LSZ darüber verhandle, dass:

- Erstens: Dem LSZ auch ein eigener Traktor als Schulungsfahrzeug bereitgestellt werde.
- Sowie Zweitens: Das LSZ sich auch um die Fahrt zum Prüfungszentrum in Eupen oder Bastogne kümmere, da diese nicht durch die Prüflinge absolviert werden darf.

Vor diesem Hintergrund bitte ich Sie um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welchen Fortschritt in der Problemlösung gab es seit Juni 2023?
2. Wann wird das Landwirtschaftliche Schulungszentrum mit dem praktischen Fahrschulunterricht in deutscher Sprache beginnen?
3. Wie ist der gegenwärtige Arbeitsstand bezüglich der im Programmdekret 2023 thematisierten Verhandlungen zwischen Regierung und LSZ?